

Gib mir mein Netz zurück

HamburgerInnen fordern Rückkauf der Energienetze

Bingo! Das Hamburger Volksbegehren „Unser Hamburg – Unser Netz“ hat es geschafft und die zweite Hürde im dreistufigen Volksentscheidungsverfahren genommen. Ziel ist es, die Energienetze für Strom, Fernwärme und Gas vollständig in die öffentliche Hand zu übernehmen und damit Vattenfall und E.ON in der Hamburger Energiepolitik abzuschalten. In nur drei Wochen sammelte die Initiative statt der erforderlichen rund 62.000 satte 116.000 Unterschriften der wahlberechtigten HamburgerInnen. Nun ist abermals die Bürgerschaft in Hamburg gefordert, sich mit diesem machtvollen Votum der BürgerInnen auseinanderzusetzen.

Kampagnen-Leiterin Wiebke Hansen war die Freude ebenso wie die Erschöpfung nach der dreiwöchigen Sammelfrist anzumerken, als sie mit vielen UnterstützerInnen am 23. Juni beim Landeswahlamt anklopfte, um die über 60 Aktenordner mit den Unterschriften zu übergeben. Partystimmung samt Sekt und Musik, denn dieser Volksentscheid ist für die Hamburger Energiepolitik ein großer Schritt. Das Volksbegehren richtet sich gegen die Politik der seit Februar 2011 allein regierenden SPD. Ihr Bürgermeister

Olaf Scholz plädiert zwar auch für eine Beteiligung der Stadt an den Energienetzen, will aber mit einem Anteil von nur 25,1 % einen „strategischen Einfluß“ auf die Netze bekommen und diese künftig in Form einer Aktiengesellschaft gemeinsam mit E.ON und Vattenfall betreiben. Nicht nur die Initiatoren des Volksbegehrens halten das für nicht ausreichend bzw. unmöglich. So haben gleich zwei ehemalige Bürgermeister sich während der Unterschriftensammlung positiv für das Volksbegehren ausgesprochen. „Dieser Anteil reicht für einen wirksamen Einfluss nicht aus“, stellte Henning Voscherau, Hamburgs Bürgermeister bis 1997 schlicht fest. Und Altbürgermeister Ortwin Runde betonte, dass er prinzipiell für einen vollständigen Rückkauf der Netze sei: „Ich hätte Sympathien dafür“, sagte er der „Welt“.

Diese Stellungnahmen dürften nicht nur innerhalb der Hamburger SPD für weitere Diskussionen sorgen. Auch bei der Gewerkschaft Verdi kommt einiges in Bewegung. Verdi hat bei E.ON Hanse im Bereich Gasnetze Mitglieder. Deren Betriebsräte hatten sich zunächst intern (gemeinsam mit denen von Vattenfall,

die zum Bereich der IG Metall Hamburg gehören) gegen eine vollständige Rekommunalisierung ausgesprochen. Weil viele Mitglieder bei Verdi allerdings mit dem Anliegen sympathisieren, die Energienetze wegen ihrer hohen Bedeutung zur Daseinsvorsorge vollständig zu rekommunalisieren, hat sich Verdi insgesamt einem Votum enthalten, aber allen Fachbereichen empfohlen, die Unterschriftenlisten an die Mitglieder zu verbreiten. Diese eher passive Haltung könnte sich nun ändern. Denn viele Verdi-Mitglieder sind auf die Betriebsräte von E.ON und Vattenfall sauer, nachdem diese während der Unterschriftensammlung mit einer Anzeige in Hamburger Wochenblättern öffentlich gegen das Volksbegehren vorgegangen sind. Seitdem kursiert innerhalb von Verdi eine Unterschriftenliste, die für eine offizielle Unterstützung von Verdi wirbt.

Vier Monate lang hat nun die Bürgerschaft Zeit, sich mit dem Anliegen des Volksbegehrens zu befassen und zu entscheiden, ob sie sich dem Bürgerwillen anschließen will. Wichtig wird dabei auch sein, über die Kosten für den Rückkauf der Netze mehr Klarheit zu bekommen und vor allem auch über Finanzierungsmodelle zu sprechen. Vattenfall verweigert bis heute sämtliche Daten, um eine solide Schätzung vornehmen zu können. Ein Betrag von zwei Millionen Euro wird derzeit von Seiten der SPD immer wieder genannt. Dieser Betrag muss allerdings nicht sofort von der Stadt aufgebracht werden. Finanzexperten empfehlen eine Eigenkapitalquote zwischen 25 und 40 Prozent. Der Rest kann über günstige Kredite finanziert werden, deren Zinsen angesichts ausreichend guter Rendite durch den Netzbetrieb noch einen langfristigen Gewinn für die Kassen der Hansestadt sicherstellen. Sollte die Bürgerschaft das Volksbegehren nach den vier Monaten ablehnen, kommt es vermutlich bei der Bundestagswahl 2013 zum Volksentscheid.

Ein großer Erfolg: In nur drei Wochen sammelte die Initiative „Unser Hamburg – Unser Netz“ 116.000 Unterschriften



Foto: ROBIN WOOD/Mumme

*Dirk Seifert, Energiereferent
ROBIN WOOD*